

Stadt Haan
Niederschrift über die
**11. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten
der Stadt Haan**
am Mittwoch, dem 11.09.2024 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:10

Vorsitz

Stv. Tobias Kaimer

CDU-Fraktion

AM Robert Abel

AM Udo Greeff

AM Brigitte Heuser

Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für Stv. Dr. Bölke

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Marion Klaus

AM Ulrich Klaus

Stv. Simone Kunkel-Grätz

Vertretung für AM S. Niklaus

Vertretung für Stv. Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

Stv. Nadine Lütz

Stv. Sonja Lütz

Vertretung für AM Pla

GAL-Fraktion

AM Lucio Dröttboom

Stv. Nicola Günther

Vertretung für AM Elker

FDP-Fraktion

AM Reinhard Zipper

Schriftführung

StA Daniel Jonke

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Rolf Brockmeyer

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

bis 18:10 Uhr

Verwaltung

StRD'in Andrea Kotthaus
StBAR Ulf Dalkmann
Frau Andrea Kronauer
StBM Stefan Longerich

Gäste

PHK Wolfgang Nellen

Der Vorsitzende Stv. Tobias Kaimer eröffnet um 17:00 Uhr die 11. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmitteilungen vor.

2./ Sachstandsbericht Feuerwehr und Rettungsdienst

Protokoll:

StBM Longerich und **StBAR Dalkmann** stellen den Sachstandsbericht zur Feuerwehr und des Rettungsdienstes anhand einer Präsentation vor (*siehe Ratsinfosystem TOP 2*).

Stv. Lukat verweist auf die Situation an der L357 und möchte wissen, ob es hier Testfahrten mit Löschfahrzeugen auf der Umleitungsstrecke gegeben habe.

StBAR Dalkmann teilt mit, dass es bisher keine Testfahrten gegeben habe, da die Auswertung der Rettungsdiensteinsätze gezeigt hätten, dass diese ihr Ziel dort noch innerhalb der geforderten Hilfsfrist erreichen konnten. Problematisch in den engen Straßen in Gruiten seien eher die parkenden Autos.

Stv. Lukat wirft die Idee auf, hier möglicherweise mit Zetteln an den Autos auf das problematische Parken hinzuweisen.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** streicht nochmal heraus, dass alle Anforderungen der Hilfsfristen erfüllt seien und daher kein akuter Handlungsbedarf bestehe.

AM Zipper verweist auf den starken Einsatzdruck der Rettungskräfte und fragt, ob es möglich sei, diesen zu vermindern, indem Krankentransporte an Dritte vergeben würden.

StRD'in Kotthaus erläutert, dass der dritte Krankentransportwagen (KTW) lediglich tagsüber im Einsatz sei. Da alle hierfür nötigen neuen Stellen besetzt werden konnten, sehe sie aktuell keinen Bedarf Krankentransporte an Dritte zu vergeben.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**3./ Sauberkeit in der Innenstadt
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 03.06.2024**

Protokoll:

Stv. Schmelcher stellt den Antrag der CDU-Fraktion vom 03.06.2024 vor und erläutert diesen.

Stv. Lukat verweist darauf, dass es bereits einen Bußgeldkatalog gebe. Zudem sei es ureigene Aufgabe der Verwaltung diesen bei Bedarf anzupassen und dem Rat vorzulegen. Insofern sehe sie keine Notwendigkeit eines Antrages seitens der politischen Fraktionen.

Bezüglich der Problematik der Zigarettenkippen verweist sie darauf, dass entsprechende Auffangbehälter an den Mülleimern sinnvoll wären, da viele ihre Zigaretten auf der Oberseite der Mülleimer ausdrücken und die Kippen dann dort liegen lassen würden. Durch den Wind würden diese dann häufig auf den Boden fallen und diesen so zusätzlich verschmutzen.

Stv. Kunkel-Grätz erläutert, dass sich die SPD-Fraktion zwar nicht vor dem Antrag verschließe, jedoch sei für die Anwendung des Bußgeldes immer erforderlich, die entsprechenden Täter zu erwischen. Vielmehr könnte eine Aktion für mehr Sauberkeit in der Stadt sinnvoll seien, so dass gemeinsam geschaut werde, die Stadt sauber zu halten.

Stv. Günther bittet hierzu um eine Stellungnahme der Verwaltung.

StRD'in Kotthaus teilt mit, dass der kommunale Ordnungsdienst seit dem 01.09.2024 voll besetzt sei. Dieser bestreife auch regelmäßig in Uniform das Stadtgebiet, jedoch seien die verhängten Bußgelder im Bereich Verschmutzung eher Zufallsfunde. Ob eine Erhöhung des Bußgeldes dazu führen würde, dass weniger Zigarettenkippen auf dem Boden landen, könne daraus nicht abgeleitet werden.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt ergänzend mit, dass die Verwaltung aktuell keinen Bedarf sehe diese Thematik anzugehen, es sei denn, sie erhalte einen entsprechenden Auftrag seitens der Politik.

AM Dr. Brockmeyer führt aus, dass es nicht nur sinnvoll sei, das Bußgeld zu erhöhen, sondern auch das Bewusstsein für die Sauberkeit der öffentlichen Straßen und Plätze der Menschen zu verbessern. Dies könne z.B. durch Plakate, etc. erreicht werden.

Stv. Drennhaus verweist darauf, dass aufgrund der Beratungen anscheinend nicht klar sei, was beschlossen werden solle, stellt daher einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte und verliert den Beschlussvorschlag des CDU-Antrages.

Beschluss:

Die Verwaltung wird um die Durchführung von Schwerpunktkontrollen im Kampf gegen das sog. „Kippenschnippen“, das achtlose Entsorgen von Müll an der Bushaltestelle, in der Passage auf dem Alten Markt und auf dem Neuen Markt sowie begleitende öffentlichkeitswirksame Maßnahmen gebeten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4./ Müllvermeidung – Wahlen 2025

Vorlage: 32/041/2024

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert nochmal den Antrag der WLH-Fraktion vom 14.02.2024.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** gibt zu, dass es tatsächlich ärgerlich sei, wenn nach einer Wahl noch Wahlplakate die Umgebung vermüllen. Er persönlich halte die Idee einer Selbstbeschränkung der Parteien für charmant, aber sicherlich sein dies schwierig umzusetzen.

StRD'in Kotthaus erläutert, dass dies ein viel diskutiertes Thema sei, zumal im nächsten Jahr viel gewählt werde. Sie gibt zu bedenken, dass lediglich der öffentliche Raum geregelt werden könne. Privatgrundstücke seien von einer etwaigen Regelung nicht betroffen.

Stv. Günther führt aus, dass die GAL-Fraktion einer Beschränkung durchaus offen gegenüberstehe, jedoch frage sie sich, was mit den nächtlichen Kolonnen sei, welche des nachts die Stadt mit Plakaten zupflastern würden.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** gibt zu, dass bei einer Regelung die Kontrolle durchaus ein Problem darstelle.

AM Zipper teilt mit, dass auch für die FDP-Fraktion eine Selbstbeschränkung kein Problem darstelle. Er verweist auch auf die letzte Kommunalwahl, bei welcher pro Partei auch lediglich 50 Standorte für Plakate genehmigt wurden.

Stv. Lukat erklärt, dass sich die WLH-Fraktion weitere Vorschläge der anderen Parteien gewünscht hätte. Es gehe der Fraktion hauptsächlich darum Müll zu vermeiden. Eine Selbstbeschränkung allein sei aber nicht zwingend zielführend. Als Vorschlag hierfür teilt sie mit, dass die maximale Anzahl auf 30 Plakate pro Partei gesenkt werde. Vordergründig sollte jedoch Müll vermieden werden.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** plädiert nochmal an alle Parteien, dass diese kurz nach der Kommunalwahl nochmal schauen, ihre Plakate abhängen und sich untereinander auch unterstützen, so dass die Wahlplakate schnellstmöglich weggeräumt würden.

Stv. Kunkel-Grätz teilt mit, dass die Zerstörung von Wahlplakaten in den letzten Jahren zugenommen habe. Jedoch seien diese auch als Form der Demokratie zu verstehen.

Stv. Schmelcher führt aus, dass sich die Kandidatinnen und Kandidaten bekannt machen müssten. Die CDU habe in den letzten Jahren die Standorte ihrer Wahlplakate festgehalten, so dass diese im Nachgang auch entsprechend wieder eingesammelt werden konnten. Ein verstärktes Müllproblem bei den Kommunalwahlen sehe er daher weniger.

Stv. Drennhaus erläutert, dass er annahm, die WLH beziehe sich auf die optische Vermüllung des Stadtbildes durch übermäßig viele Wahlplakate. Sicherlich könne ein organisiertes auch von der Stadt vorgeschrieben werden, jedoch halte auch er jede Partei selbst für ihre Plakate verantwortlich. Er gehe daher auch davon aus, dass jede Partei ihre Wahlplakate im Nachgang der Wahl auch selbstständig wegräume.

Stv. Lukat teilt nochmal mit, dass die WLH-Fraktion mit ihrem Antrag eine Diskussion beabsichtigt habe, um gemeinsam herauszuarbeiten, was gemacht werden könne um Müll zu vermeiden. Sie schlägt vor, das Höchstmaß der Wahlplakate von 50 auf 30 zu senken und der Verwaltung im Anschluss die Standorte der Plakate zu melden.

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** verweist darauf, dass im nächsten Jahr sehr viele Wahlen gleichzeitig anstünden und die Kontrolle seitens der Verwaltung sicherlich nicht gewährleistet werden könne. Er weist darauf hin, dass zur aktiven Müllvermeidung eine Partei auch durchaus auf Plakate verzichten könne, um ein Zeichen zu setzen und auch damit zu werben. Es sollte jedoch jeder Partei selbst überlassen bleiben, wie sie mit diesem Thema umgehe.

Stv. Lukat entgegnet, dass eine Meldung an die Verwaltung erfolgen solle, damit sich alle Parteien zwingend mit einer organisierten Plakatierung befassen müssten. Eine entsprechende Regelung sei sicherlich auch rechtssicher möglich.

StRD'in Kotthaus bestätigt, dass eine Plakatbeschränkung rechtlich möglich sei, jedoch müsse immer der Grundsatz der abgestuften Chancengleichheit gewahrt bleiben.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Haaner Kirmes 2024

Protokoll:

StRD'in Kotthaus führt zum Sachstand der Neuerung der Haaner Kirmes und den angedachten Sicherheitsmaßnahmen anhand einer Präsentation aus (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 5*). Sie erläutert, dass unter anderem die Kirmes bereits freitags beginne, zur Eröffnung ein größerer Personenkreis an das Riesenrad eingeladen worden sei (u.a. im Sinne einer Gleichbehandlung Kinder- und Jugendparlament, der Rat sowie der Seniorenbeirat. Der Personenkreis für den Rundgang jedoch beschränkt wurde (auf Rat der Stadt, sowie die Vorsitzenden und deren Stellvertretungen der anderen genannten Gremien). Im Bezug auf die geplanten Sicherheitsmaßnahmen stellt sie u.a. die Personalverstärkung im Bereich Kommunalen Ordnungsdienst und Polizei sowie die Vorhaltung eines weiteren RTWs an der Unfallhilfsstelle zu den Stoßzeiten (Freitag, Samstag und Dienstag) ab 18 Uhr bis Spielbetriebs Ende heraus.

Der **Wachleiter der Polizei Haan, PHK Nellen** teilt mit, dass es eine verstärkte Polizeipräsenz auf der Kirmes, sowohl in Uniform als auch in Zivil, geben werde. Es sei zwar eine Hundertschaft beim Land angefordert worden, jedoch habe man hierzu noch keine Zusage erhalten. Insgesamt sei man personell gut aufgestellt und hätte mehr Kräfte zur Verfügung als die Jahre zuvor. Auch habe man eine Waffenverbotszone für den Bereich der Haaner Kirmes beantragt, aber auch hierzu habe man noch keine Rückmeldung erhalten.

Stv. Lukat verweist auf einen 10-Punkte-Plan gegen Messergewalt des Innenministers für NRW und fragt ob in diesem Zuge mobile Videoanlagen angefordert worden seien.

PHK Nellen teilt mir, dass die Kameras lediglich ein Live-Bild senden würden, jedoch nichts aufgezeichnet werde. Entsprechend müssten Polizeikräfte gebunden werden, um die jeweiligen Bildschirme permanent zu überwachen. Auch müsse sichergestellt werden, dass die Kameras einen großen Bereich überblicken könnten. Dies gestalte sich bei den Platzverhältnissen einer Innenstadtkirmes recht schwierig, da man entsprechend viele Kameras benötige. Insofern habe man sich daher gegen mobile Videoanlagen entschieden.

Stv. N. Lütz erkundigt sich nach Awarenesssteams und Aktionen wie z.B. „Luisa ist hier“.

StRD'in Kotthaus bestätigt, dass das Jugendamt mit seinem Programm „Hingucker“, ebenso wie im letzten Jahr, unterwegs sein wird. Auch Aktionen wie „Luisa ist hier“ wird es wieder geben.

Stv. Lukat verweist auf den geplanten Rundgang nach Eröffnung der Kirmes. Es solle überlegt werden, ob auf diesen zu verzichtet werden kann. Ansonsten sollte dieser eher für Mitglieder des Jugend- und des Kinderparlamentes durchgeführt werden.

StRD'in Kotthaus teilt mit, dass die Schausteller aufgefordert würden, der Stadt die Kosten des Rundganges in Rechnung zu stellen.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** verweist auf die vorliegenden Anfragen der SPD sowie der WLH und die entsprechenden Antworten der Verwaltung (*siehe Ratsinfosystem – TOP 6*).

Die Anfrage der WLH-Fraktion werde erst im nachgang der Sitzung schriftlich beantwortet.

Antwort der Verwaltung:

Ein Dialog mit dem Vorsitzenden der muslimischen Interessenvereinigung "Kreis Mettmanner Muslime", dem türkischen und dem marokkanischen Kulturverein und der Haaner Stadtverwaltung fand zuletzt im April statt. Aufgrund der Hilfsbereitschaft der muslimischen Gemeinde konnte eine Großtagespflegestelle im letzten Jahr innerhalb kürzester Zeit Räumlichkeiten der Gemeinde an der Rheinischen Straße beziehen. Wir haben den Marokkanischen Kulturverein in den nächsten AK Städtepartnerschaften eingeladen, um über eine Partnerschaft mit einer marokkanischen Stadt zu sprechen und inwieweit der Marokkanische Kulturverein hier helfen kann.

Die Verwaltung wird die bestehenden Kontakte zur muslimischen Interessenvereinigung nutzen, um im Dialog zu erarbeiten, ob den Gemeinden Radikalisierungstendenzen bekannt sind.

AM Abel verweist auch auf die Problematik von E-Zigaretten und der entsprechenden Entsorgung bzw. Vermüllung durch Einweg-E-Zigaretten und fragt an ob dies in Haan auch bedacht werde.

StRD'in Kotthaus führt aus, dass hierzu eine Rücksprache mit der Abfallberatung erforderlich sei. Eine entsprechende Antwort werde hierzu zu Protokoll gegeben.

Antwort der Verwaltung:

Bislang wurde die Verwaltung noch nicht mit der Problematik in Form von Nachfragen von Raucher_innen konfrontiert. Die Verwaltung nimmt an, dass viele Nutzer_innen die E-Zigaretten in den Hausmüll werfen, obwohl sie eindeutig mit der durchgestrichenen Mülltonne gekennzeichnet sind.

Bei der Firma Bartz, welche den Elektroschrott im Auftrag der Stadt Haan sammelt, wurden bislang keine E-Zigaretten abgegeben, obwohl es sich um Elektro- bzw. Elektronikgeräte handelt und sie dort kostenfrei zum E-Schrott gegeben werden könnten. Außerdem enthalten E-Zigaretten neben wertvollen Rohstoffen in den Mikroprozessoren auch Schadstoffe und Batterien, die separat zur Batteriesammlung gegeben werden müssten.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) hat eine Gesetzesnovelle zum Elektro- und Altgerätegesetz erarbeitet, um mehr alte Elektrogeräte zu sammeln, ihre wertvollen Rohstoffe für ein hochwertiges Recycling zurückzugewinnen und zugleich die Sicherheit der Entsorgung zu erhöhen.

Mit dem Gesetzentwurf vom 15.04.2024 soll auch erreicht werden, dass Einweg-E-Zigaretten einfacher entsorgt werden können, indem sie z. B. an den Verkaufsstellen zurückgenommen werden müssen.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

7./ Mitteilungen

Protokoll:

Der **Vorsitzende Stv. Kaimer** verweist auf Anstecknadeln, welche die Ausschussmitglieder bekommen haben. Diese könnten ebenfalls auch kostenlos beim Innenministerium NRW angefordert werden um ein Zeichen für den Respekt gegenüber Einsatzkräften zu setzen.

Stv. Lukat begrüßt eine Kampagne der Stadt gegen das wilde Wegwerfen von Zigaretten. Mit Verweis auf die vorherige Anfrage des AM Abel sollte hier auch die Thematik der Einweg-E-Zigaretten aufgegriffen werden.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.